





# Worin bestehen die Aufgaben der deutschen Frau im Bund Deutscher Osten?

Von Ludmilla von Bockler, Leiterin

der Frauarbeit im Bund Deutscher Osten.

Sür keinen ostdeutschen Menschen hat das Leben nach dem 28. Juni 1918 so miederlich ausgesehen wie nach dem 28. Oktober durch die Katastrophe des Kriegesendes von Heimat und Herd vertrieben wurde, ob er das schwere Los der Fremdberschaft zu tragen oder schon vorher seinen Wohnsitz im Reiche hatte: alle zusammen traf die Not des deutschen Ostens, und allen gemeinsam erwuchs von jenem Tage an die Pflicht, aus dieser Not die ostdeutsche Aufgabe zu gestalten. Das ist in den letzten 14 Jahren nie leichter, nicht von jedem klar erkannt worden. Kluge und drückende Gesagtesagen haben oft die große Verpflichtung überdeckt, und Oftnot hat leidlich vorüber materiell aufgekehrt worden. Gerade darum bedeuete aber auch für die Ostdeutschen, wo immer sie leben, der neue Aufbruch der Nation einen neuen Anfang der Arbeit.

Die Frauen empfinden die unlösbare Verantwortung mit dem Schicksal der deutschen Ostens in engem Zusammenhang. Frauennarbeit muß heute in der Pflege des Heimatgefühls murren und im Bewußtsein des deutschen Volkstums lebendig werden. Denn die Frauen sollen in ihrem richtigen Gefühl das wachsame Gemissen des Volkes sein.

Deshalb stellen die ostdeutschen Frauen ihre Arbeit mit hinein in den Bund Deutscher Osten. Gemeinsam hat die deutsche im Grenzlande seinen Mann und seinen Ostdeutschen Aufgaben haben oft die wohl missend, daß im Osten das gesamtdeutsche Schicksal entschieden wird. Die Frauen haben auch bisher schon in allen ostdeutschen Vereinen und Verbänden ihre alten Traditionen aufrechterhalten. Sie haben aber dabei vorwiegend die menschlichen, die veranstandlichen und frauenhilflichen Beziehungen gepflegt. Das genügt heute nicht mehr. Im neuen Deutschland werden sie sich darüber hinaus in ihrem Lebensgefühl in jedem Augenblick bemühen, wie eng gerade der ostdeutsche Mensch und der ostdeutsche Boden miteinander verwachsen sind, und wie diese Verantwortung dem Volke das Ostens seine Lebensarbeit auftragt.

Von diesem Gefühl der inneren Verpflichtung werden die Frauen des Ostens von nun an und bestimmt durch äußere Widerstände — an jeder Stelle und an jedem Orte, an dem sie stehen, Zeugnis ablegen. Sie werden in jeder Landesgruppe und in jeder Ortsgruppe des B.D.O. das Gemeinschaftsgefühl der Ostmärker führen und färken, weil sie überall — auch im Westen, im Norden und im Süden des Reiches — ein ostdeutsches Leben und Ostens heraufzubesuchen werden.

Von dieser Arbeit aus wird dann immer intensiver die werdende Kraft ausgehen, die notwendig ist, um nach dem Willen des Führers das Gefühl des deutschen Volkes nach dem Osten zu wenden. Eine so verfestete Arbeit kann sich nicht darauf beschränken, im eigenen Kreise für den Osten zu wirken und von ihm zu künden. Sie hat den selbstverständlichen Auftrag, die ostdeutsche Verpflichtung in alle Frauenteile und in jedes Gebiet der Frauen-

arbeit zu tragen, die dem Osten nützlich sein kann. Die ostdeutsche Frau hat die von ihrer Million die von ihrem Volk und Volkstum erfüllt sein, die erweitern dabei ihre bisherigen Aufgaben auf die Gewinnung aller deutschen Frauen für die östliche Schicksalsaufgabe.

Das wird sich in der Praxis in mannigfaltiger Weise auswirken. Wenn künftig durch den Bund die Kenntnis des unabweisbaren feindlichen Drucks auf unsere Ostprovinzen umfassender als bisher allgemeintun wird, auch durch den Wunsch der Frauen reger werden als bisher, die Schwämme an den Grenzen in ihrem Kampfe zu unterstehen. Das notwendige Werk der Ostflüchtling braucht ganz besonders die Ergänzung durch die weiblichen Kräfte, die in den freiwilligen Arbeitslagern gehalten werden. Einfache und leitungsfähige Seelstärker werden somit künftig den Männern zur Seite stehen.

Die große nationalpolitische Bedeutung der Kinderergärten und Sortie in den Gebieten, die direkt oder indirekt fremdem Einfluß ausgelegt sind, ist jedem Ostmärker klar. Auch alle binnendeutschen Frauen werden das einsehen lernen und praktische Hilfe leisten. Das ist eine weitere Aufgabe für die Frauenteile im Bund Deutscher Osten, die sich aus dem Wissen, wie können die Frauen der Grenzen das Erziehungswort nicht bewähren.

Von dem Selbstbehauptungsinstinkt und der gehaltenen Kraft der Frauen und Mütter durch die künftige Gestaltung des ostdeutschen Schicksals zu einem großen Teil ob. Die Frauen der Grenze brauchen dafür als das geistige Rückgrat, das die weitervermeintliche Frauenteile in ruhigen Sinne das Selbstbewußtsein für solchen Kampf schmieden konnte. Sie sind die inneren Zentren des verchristlichen Eingehens auf die besonderen Bedürfnisse des Grenzkampfes, wird die ostdeutsche Frauenteile sorgen.

Und schließlich greift das Gemeinschaftsgefühl der ostdeutschen Frauen über die Grenzen hinaus und schafft persönliche Beziehungen zwischen Hülen und Drüben. Die ostdeutschen Frauen sind zu haben anderen bei Verursachen, den gegenseitigen Kontakt der Kinder in die Ferien aus den Gebieten ins Reich und umgekehrt zu fragen und zu fördern. Die ostdeutschen Frauen haben die Grenzlandkinderhilfe schon längst zu ihrer lieben Pflicht gemacht und werden auch weiterhin nicht von ihr lassen.

Die besonders Gebiete sind als selbstverständliche und vordringliche Frauenaufgaben erkannt und empfunden worden, als der Bund Deutscher Osten die Eingangs aller ausgleichsreicher Tätigkeit. Andere Arbeiten werden nicht aufkommen und sich nach dem Gebote der Stunde formen. Die Frauen des Bundes Deutscher Osten werden ihre Pflichten für Heimat, Volkstum und das Gefühl des deutschen Ostens mit Ernst und im vollen Bewußtsein ihrer großen Verantwortung anstreben. Die schöne Einmütigkeit und das Wissen um treue Gemeinschaft aller Mitarbeiterinnen werden dabei die besten Helfer sein.

## Wilhelm Rube zu Lebensfragen des deutschen Volkes.

Der Schreiber des Bundes Deutscher Osten, Deutscher Staatsrat, Oberpräsident und Gauleiter Wilhelm Rube, nimmt in den folgenden Artikeln zu grundlegenden Fragen des nationalsozialistischen Deutschland Stellung:

### Das neue Deutschland.

Unsere Feinde innerhalb der Reichsgrenzen — Reaktion, die Romanen — haben sich länger denn ein Jahrzehnt hindurch bemüht, das gigantische Ringen Adolf Hitlers und seiner Getreuen zu einem Zerwürf zu verurteilen. Versucht haben sie der Welt und schließlich sich selber vor, weil sie mit einer Hand von Menschen, der jeder menschlichen Werte, kulturellen, religiösen, sozial, geistig, ohne Vergleich. Als diese Ziele im deutschen Volke nicht mehr geklärt wurde, spitzte man den schlimmsten Feind der Hitlerbewegung vor: den eiskalten Rechner Dr. Brüning, dessen dumme und niederrichtige Methoden allerdings nicht den Nationalsozialismus vernichten konnten, sondern Deutschland an den Rand des Abgrundes brachten. Auch die einseitige Ausgabe Drinnings, Herr von Schöber, der Rückstuf der Sülfirma, isolierte endlich Adolf Hitlers Charakterfestigkeit und an des Führers besseren Kerne.

Nach dem Siege von Potsdam begann der enghirte Aufstieg des Nationalsozialismus zur Katastrophe. Nun verlegte das schwarz-rote Geheule seine Wühlpflichtkeit fast ausschließlich in das Ausland. Mit den passivsten und den marxistisch-demokratischen Gaunermethoden des Weltkrieges begann die Erhebung und Einkerkelung des neuen Hitler-Deutschlands. Adolf Hitler hat in dieser großen Staatsmännlichen Rede aus das Ausland, die er im Deutschen Reichstag hielt, dem Weltfrieden mehr gedient, als das Geschwätz von hunderten Friedenskonferenzen es vermocht hat. Die zwingende Logik der Hitlerischen Darlegungen sind in Italien und Ungarn fürstlichen Beifall, in England, in den skandinavischen Staaten und beiden Amerika, Anerkennung und Achtung und selbst in Paris,

Prag, Brüssel und Warschau Beachtung. Das Loben des nährlichen und abwerten Dummigens von Österreich und seines gefürchteten Judentums veranlaßt dasagen nicht aufzukommen.

Das neue Deutschland ist der Freund aller Völker, die seine Lebensberechtigung anerkennen! Und daß zu den Lebensgrundrissen einer so großen Nation, wie es die deutsche Nation nun einmal ist, die Gleichberechtigung gehört, wird Jean Jacques Rousseaus Volk nicht bestreiten können. Auch Frankreich wird sich Deutschland gegenüber neu orientieren müssen, da Deutschland ja auch Frankreichs Grenzen vor einem neuen Sonnensturm aus dem bolschewistischen Asien geschützt.

Adolf Hitler hat in diesen Wochen und Monaten seine ganze beispiellose Kataklyse der Arbeitsbeschaffung in Deutschland zugewandt. Schon heute steht fest, daß das Hitler-Deutschland im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit Sieger bleiben wird. Dank der gewaltigen Hilfe des Reiches ist es in dem mit Arbeit endlich beengten Osten gelangen, die ganze Provinz mit Ausnahme von Königsberg und Gdingen von Arbeitlosen zu befreien. Andere Vermaltungsbereiche des Reiches werden folgen. So tritt der edle Weltkampf der deutschen Stämme, Provinzen und Völkchen in den Einkernkampf der Arbeitsbeschaffung an die Stelle des bruderwiderlichen Kampfes und Halles der letzten Jahrzehnte. Wie das Wohlsein der Sechsten Ruten und Teile sind, so ist Adolf Hitlers eigener Wille die bisher von einer verantwortungslosen Staatsführung gegeninnandergesetzten deutschen Energie.

Doch kommt der Kampf um die Anerkennung: Ein riesiges Volk kämpft gegen ein viel kleineres Ziel. Wenn es ungelangt, das Problem der Selbstverteidigung im deutschen Osten auf nationalsozialistischer Grundlage zu lösen, führen wir die Geschichte unseres Volkes gegenständig um Jahrhunderte vorwärts! Und wer wollte uns hindern, zu tun, was für unser Volk lebensnotwendig ist? Bitter, nicht ist uns gutes, deutsches Vaterland im Osten.



müßte Einwirkung der gesamten deutschen Frauenschaft in das Dritte Reich. Außerdem ist die Vorstellung, daß im Rate des Führers in Fragen der Politik Frauenvertreterinnen sitzen. Das Dritte Reich gibt dem deutschen Frauenschaft die Aufgabe, sich mit dem Führer zu verbinden und ihm von Gott und Vaterland zu klammern. Die Aufgaben sind: Das ist in erster Linie das habe Amt der Mutter und Erzieherin. Die Anforderungen des Krieges haben die Zahl der berufstätigen Frauen unverhältnismäßig groß gemacht. Ungerechtfertigt wird von lässigen Wettbewerberinnen auf dem Arbeitsmarkt gelassen. Eine Entlastung ist durch arbeitsfähige Bauernlieblinge zu erreichen, da kein Bauer ohne Frau sein kann."

### Oberpräsident Ruhe an seine Grenzmarker.

Der Schirmherr des Bundes Deutscher Osten, Oberpräsident Wilhelm Ruhe, veröffentlicht einen Aufruf, in dem er mitteilt, daß er durch den preußischen Ministerpräsidenten Göring zum kommissarischen Oberpräsidenten der altpreussischen Reichsprovinz Grenzmark ernannt worden sei. "Ich danke dem 'Parteigenossen Hermann Göring', zu heißt es in dieser Erklärung, auch an dieser Stelle für diese Ernennung, die mit ein Zeichen seines kameradschaftlichen Vertrauens und der gemeinsamen Verbundenheit zu unserem geliebten Führer Adolf Hitler ist."

Ich übernehme die Pflichten dieses Amtes mit besonderem Stolz und mit herzlichster Freude, weil mich Nummer auch im Dienste des preussischen Staates mit den Grenzmarken meines alten Landes Ost-

mark verbindet. Eine polnische Stadt, das trotz heillosmüßiger deutscher Verteidigung durch die Schuld schwarzroter Lumpen verlorengegangene Kempen, ist die Geburtsstadt meines Vaters. So binden mich unlosbare Bande des Blutes an die Provinz, deren erher Preanter ich nunmehr durch Hermann Görings Willen geworden bin. Ich gelobe als Nationalsozialist, als polnischer Soldat Adolf Hitlers, der Provinz Polen-Welpfrennen treu zu dienen und meine ganze Kraft der deutschen Ostmark zur Verfügung zu stellen.

Neun Jahre des politischen Kampfes verbinden mich mit der ehrenfesten Provinz und ihrer trauen, kerndeutschen Bevölkerung. Tausendfache Bande der Kameradschaft einen mich mit den 'Parteigenossen und mit dem Parteigenossen die besten schönen Landes, das mit gemeinsam dem schwarzroten Volksoverberben entziehen lassen. An zielbewußter Arbeit haben mir am 5. und am 12. März d. J. absolute Mehrheiten dieser Provinz heraufgeholt. Nach dem erfolgreichen Kampfe geht es nunmehr zu den unversöhnlichen Feinden."

Grenzmarker! Polener! Welpfrennen! Gemeinsam Erneueret und uns mit Adolf Hitler. Große Aufgaben gibt es zu lösen! Bauernland muß im Osten gewonnen werden. Dorf an Dorf soll sich treiben. Arbeitsfähige deutsche Menschen sollen den menschenleeren Osten broikoren. Katholiken und Protestanten sind in gleicher Liebe dem Heimatboden dienen. Deutsches Gutesleben soll alle Volksgenossen abeln und verbinden. Trob geben mir ans Werk, das der Vergeltung gegen möge. Unser Weg ist Kampf und Arbeit. Unser Ziel ist deutsche Freiheit. Gott segne den Führer und unsere Heimat!"

## Haager Gerichtshof gegen

Der Ständige Internationale Gerichtshof in Haag hat eine Entscheidung gefällt, die für unheimlich Zeit unsere Volksgenossen in Polen weiter den Angriff des polnischen Staates auf ihren Grund und Boden preisgibt. Im Dezember 1925 wurde in Polen ein Gesetz zur Durchführung einer Agrarreform erlassen. Unter dem Deckmantel einer sozialen Siedlung wurde damit eine Form der Grundbesitzentziehung geschaffen, die, wie die spätere Handhabung des Gesetzes zeigte, fast ausschließlich als Waffe gegen den deutschen Bauern in Polen eingesetzt wurde. Die polnische Regierung hat in mehreren Ausgewertungen wurde. Nach dem Agrargesetz soll in zehn Jahren ein Teil des Großgrundbesitzes in Bauernhöfen umgewandelt werden. Jede Besitzfläche, die 180 Hektar übersteigt, kann enteignet werden. Der Agrarreform unterliegt aber nur die Ackerfläche, das Ackerland, Wälder, Seen, Ländchen können nicht enteignet werden. Diese Bestimmung richtet sich fast nur gegen die Polen und Pommerellen, die relativ geringe Waldbesitzende, Seen und anderes nicht enteignbares Land besitzen. Dabei ist Pommerellen und Polen im wesentlichen von allen Gebieten Polens im agrarpolitischen Sinne reformbedürftig, auch nach dem Urteil polnischer Wirtschaftsführer. So hat sich zu dieser Frage der polnische Präsident der Danziger Handelskammer, Dr. von Eiten, am 1. April in der Zeitschrift "Ostropa Homery" (1930, Heft 2) wie folgt geäußert: "Die Agrarstruktur Pommerellens bzw. die Verteilung der landwirtschaftlichen Fläche auf die verschiedenen Kategorien der Grundbesitzer in Pommerellen ist vielleicht die gefährlichste in ganz Polen und nähert sich sehr viel mehr der dänischen und schweidischen Struktur als der unserer anderen Gebiete. Der Großgrundbesitz stellt überaus wertvoll und zusammenhängende größere Güter, die mehrere Dörfer umfassen, sind eine Seltenheit. Das besonders charakteristische Merkmal für die Agrarstruktur Pommerellens ist die sehr große Zahl von Wirtschaften von 20 bis 100 Hektar, die wir Bauernwirtschaften nennen. Diese Bauernwirtschaften umfassen 25 % der gesamten Landes- und bilden eine sehr gefährliche Art der Grundbesitzverteilung. Die Bauernwirtschaften besitzen den landwirtschaftlichen Verhältnissen in Pommerellen einen ganz besonderen Charakter, und ihre große Zahl sowie der geringe Prozentsatz der Inerwirtschaften bis zu 5 Hektar haben bewirkt, daß sich in Pommerellen der Mißverhältnis nicht zwischen dem kleineren und größeren Besitz ausbreiten konnte, und man irgenwo, so herrscht in unserem Gebiet fast überall eine gefährliche Verunsicherung zwischen den Landbesitzern aller Kategorien." In Polen fällt zwar das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbesitz etwas härter zu gunsten des Großbesitzes aus, doch sind die Wirtschaftsklassen auch in Polen gesund. In Kongresspolen und in den Ostgebieten sind jedenfalls die Großbetriebe im Durchschnitt größer als in Polen und Pommerellen."

Enteignet wurde jedoch nicht in erster Linie in den mittelpolnischen weniger ausgetretenen Ostgebieten. Die Grundbesitzer in den gebunden abwärts preussischen Gebieten. Der Teilungsplan von 1922 zeigt dies besonders deutlich. Er sah vor, daß in Kongresspolen und Galizien nur wenige hundert Hektar enteignet wurden, aber in Polen und Pommerellen fast 16 655 Hektar, das heißt zum Teil deutsches Gebiet. Das obige Bild zeigen die Jahre vorher. In den vierzig Jahren bis in den Jahren 1925 bis 1930 der deutsche Grundbesitz in Pommerellen und in Polen mit 67 % beteiligt. Im Jahre 1931 erhöhte sich der Prozentfuß noch mehr auf ungenutzten. 1931 wurden in Pommerellen 5455 Hektar deutschen Besitzes und nur 657 Hektar polnisches Gebiet aufgeteilt. Diese wenigen Zahlen beweisen, mit

## was das Deutschtum in Polen.

welcher Rücksichtslosigkeit Polen gegen das dort ansässige Deutschtum vorgeht. Es geht nicht um das Deutschtum insgesamt ist aufs schmerzhaftigste getroffen worden. Gerade auch der einzelne Landwirt hat schwerste wirtschaftliche Einbußen durch die Anwendung des Agrargesetzes erlitten. Es ist nicht lo, daß er für die Enteignung seines Bodens meistens in Geld einbringen mußte. Sobald ein deutscher Grundbesitzer in die Parzellierungsliste eingetragen ist, ist er wirtschaftlich abgedrosselt. Mit der Enttragung in die Liste ist der Grundbesitzer in der Vermögenslage, die er bis dahin als ein typischer oder ein hypothekarische Belastung genossen. Der polnischen Regierung steht ein Vorkaufrecht zu, daß sie bei Deutschen immer, bei Polen fast nie ausübt. Den deutschfeindlichen Charakter der polnischen Agrarpolitik beweist auch die Tatsache, daß die deutschen Besitz, deren Grundstücke enteignet wurden, keine Einmüßigung des polnischen Staates zum Ankauf eines anderen Grundbesitzes erfordern. So sieht sich mit der Enteignung der polnischen Regierung die Möglichkeit zu haben, auf neuem Land verlorene Werte wieder zu erarbeiten. Die Art der Enteignung wird durch folgende Angaben erläutert: Für 250 Hektar enteigneten Landes werden 50 Prozent in bar, 50 Prozent in wertlosen "Wertpapieren" bezahlt. Wenn die Enteignungsbetrag größer ist, wird ein noch geringerer Prozentfuß in bar ausbezahlt. Für 1000 Hektar werden nur noch 20 Prozent in bar und 80 Prozent in Papieren ausbezahlt."

Diese Maßnahmen gegen das Deutschtum in Polen als Ganzes und gegen die einzelnen Volksgenossen haben die Besitzverhältnisse in Polen und Pommerellen derart verschoben, daß heute das Verhältnis der Besitzfläche von Deutschtümigen zu den nationalpolnischen Eigentümern in Polen nur noch 35:65, in Pommerellen 60:40 v. H. beträgt.

Als wußte Polen und Deutschland am 31. Oktober 1925 das sogenannte Liquidationsabkommen geschlossen wurde, das gleichzeitig mit dem Bruchplan in Kraft trat, verkündete unsere bürgliche und marxistische Presse, daß nunmehr eine Zeit der Verständigung zwischen Polen und Deutschland anbrechen würde. Die Kat des deutschen Gesandten Kaufher in Warschau, der zusammen mit dem polnischen Außenminister Golecki das Liquidationsabkommen geschlossen hatte, wurde von dem System als großer Erfolg gefeiert. Es gelang auch für den Vorkauf der Hunderttausenden Wertgegenstände in Polen zurückgelassenen Besitz eine Entschädigung auf Reparationskonto zugunsten Deutschlands zu zahlen. Die Höhe der Entschädigung stand in keinem Verhältnis zu dem Wert des zurückgelassenen Besitzes. An dem Liquidationsabkommen von 1925 verpflichtete die deutsche Regierung auf die Erhebung von Steuern in Polen, die den polnischen Staat über die Grenze hinaus noch handelspolitische Zugeständnisse in der Zoll- und Schwanenzeit nach Deutschland. Es hat außerdem auch weiterhin die Möglichkeit behalten, gegen den deutschen Grundbesitz vorzugehen, und zwar durch seine Agrargesetzgebung, die der jetzige Senatspräsident in Danzig, Kaufmann, mit Recht

die Fortsetzung der früheren polnischen Entseignungen mit anderen Mitteln genannt hat.

Die Rationalsozialisten haben das Liquidationsabkommen auf das höchste bekämpft in der richtigen Erkenntnis, daß Polen, noch nicht durch vertragliche Bindungen von seinem Kampf gegen unsere deutschen Volksgenossen zurückhalten lassen würde. Fallsich hat Polen das Abkommen auch in solchem Umfange erfüllt, daß selbst der Dreier-Ausschuß des Völkerbundes im Jahre 1931 auf Grund der Beschwerden des Deutschums den Rechtsbruch anerkennen mußte, der in dem gemäßigten Minoritätsentscheid der Entseignung deutschen und polnischen Volkes zum Ausdruck kam. An nicht weniger als 400 Stellen kann der polnischen Regierung die wirtschaftliche Vernichtung deutscher Landwirtschaft in Polen und Pommerns nachgewiesen werden. Mit diesem Vorgehen hat Polen zugleich auch den Minderheitenvertrag in unerlöster Weise verletzt.

Der Völkerbund hat bis jetzt verjagt. Am 9. September 1932 wurde lediglich eine Resolution des Völkerbundesrates gefaßt, der eine Suspension der Völkere, die die Namen der zu entseignenden Deutschen enthielt, diesem Verbot, die die Regierung unter Führung Adolf Hitler am 17. Februar 1933 abgab. Die deutsche Regierung hat vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag gegen Polen Klage erhoben auf Einstellung des einzelnen von Polen begangenen Verletzungen des Minderheitenvertrages und ferner auf Wiedergutmachung des entstandenen Schadens.

Da die polnische Regierung die Entseignung deutschen Volkes weiter fortsetzt, so wurde zunächst der Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragt, die eine weitere Deutschenerfolgung in Polen mit Hilfe des großen Entschlusses der polnischen Regierung als Hauptklage unterbinden sollte. Der Antrag auf Erlaß dieser einstweiligen Verfügung wurde mit acht gegen vier Stimmen zurückgewiesen. An den Gründen zu seiner die einstweilige Verfügung ablehnenden Entscheidung gibt der Gerichtshof lediglich an, daß der Antrag zum Teil über den Umfang des Streitgegenstandes im Hauptverfahren hinausgehe, da hier ein allgemeiner Aufbruch der Anwendung des Agrargesetzes auf polnische Staatsbürger deutscher Herkunft auf

für die Zukunft verlangt werde, wogegen die Klage selbst sich mit Verletzungen des Minderheitenvertrages in Säulen befaßt, die bereits der Vergangenheit angehören. Der Antrag habe daher nicht im Einklang mit Artikel 41 des Gerichtsstatuts.

Die vier Richter, die sich für den Antrag einsetzten, haben dem Spruch ihre abweichende Meinung beigelegt. Danach stellt der italienische Richter Anzilotti in seinem Gutachten fest, daß es sich bei dem deutschen Antrag um ein Schulbeispiel für den Erlaß einer einstweiligen Verfügung handle. Ähnlich drückt sich auch der belgische Rechtsgelehrte Baron Rolin Jacquemus aus. Der Holländer Jobkner von Eufinger und der deutsche Richter, Prof. Schücking, betonen in ihrer sehr ausführlichen Eingabe, daß der deutsche Antrag völlig mit dem Verbotlich übereinstimme, den freierwillig die vom Völkerbundsanrat zur Behandlung dieser Fragen eingeleitete Justizkommission ausgearbeitet hat.

Der holländische und der deutsche Richter erklären außerdem in ihrem Bericht, daß der Gerichtshof so formal vorgegangen sei und nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, zum Amt wegen geprüft habe, ob und welche Maßnahmen angebracht sind, die Rechte der betroffenen Minderheit zu sichern. Sogar die Richter des Gerichtshofes stellen also eine Rechtsbeugung fest. Zum mindesten nur zu hoffen, daß der Gerichtshof die polnische Regierung die weitere Durchführung der bereits begangenen Entseignungen deutscher Völkere einhalten unterliegen würde, wenn man glaubte, dies in Bezug auf das künftige Vorgehen Polens nicht tun zu können. Diese Entscheidung, die eine politische aber keine rechtliche ist, ist glücklicherweise nicht endgültig. Das überläßt die polnische Presse, die begeistert die Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes feiert. Wie wollen hoffen, daß unter Recht in dem Bericht über die Hauptklage liegt. Die holländische und die deutsche Richter, die die Möglichkeit, durch weitere Entseignungen die Verhältnisse für unsern Unglücken zu verändern. Wenn erst unser getaubtes und partiellisiert und bebaut ist, wird es bedeutend schwerer sein, eine Wiedergutmachung zu erlangen. Um so mehr verlegt uns die formaljuristische Art, mit der der höchste Gerichtshof der Welt über Lebensinteressen des deutschen Volkesamt vorläufig entschieden hat.

Dr. J. Ill,

## Neues aus Polen.

### Ein neuer Rechtsbruch Polens.

Auf Grund einer Verfügung der Kattowitzer Polizeidirektion, die sich auf ein neues polnisches Gesetz stützt, wurden vor wenigen Tagen die Jugendgruppen des Deutschen Volksbundes in Olschbräseln mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Jugendämter beim Volksbund wurde geschlossen, die Büroräume sowie etwa 50 Protopoganden durch Polizeibeamte von der polnischen Abteilung der Wojewodschaft besetzt und sämtlich beschlagnahmt, wobei sofort das vorhandene Geld sowie sämtliche Akten und Überlieferer beschlagnahmt wurden.

An der Begründung des Auflösungsdekrets heißt es, daß sich die Jugendgruppen des Deutschen Volksbundes mit militärischer Disziplin und in äußerer Form nach militärischem Muster betätigt haben. Sie hätten alle die körperliche Erziehung aus politischen Gründen betrieben, ohne ihr Vorgehen und ihre Tätigkeit den Behörden anzuzeigen.

Die polnische Presse, insbesondere die gesamte oberbräselische polnische Presse bringt diese Nachricht mit der größten Ernüchterung und knüpft daran gefällige Kommentare aller Art gegen die nationale Regierung im Reich. So heißt es u. a. im „Mittelpunkt“ (kurzer „Coblenzens“) daß die arbeitslose Jugend in Olschbräseln schon seit Monaten ein verbotenes Polen führe und daß die Agitatoren dieser Organisationen eine solche Propaganda betrieben hätten, daß die ruhige polnische Bevölkerung zu Ausbreitungen veranlaßt wurde (1). Ebenfalls seien die bekannten Zusammenkünfte in Gieschwald und Kofon auf das Werk dieser „Hitler Bonomaks“ zurückzuführen. Der Volksbund in Kattowitz, der Jugendgruppen geheim gehalten habe, müsse auch der Volksbund heimlich aufgelöst sowie ein Gerichtsverfahren gegen dessen Vorstand eingeleitet werden. Die öffentliche Meinung Polens verlange dies, da er nichts anderes als ein Zweig der Hitlerpartei in Deutschland sei.

Diese und ähnliche Ausdrücke beweisen aufs deutlichste, daß es den polnischen Behörden an gefährlichen Gruppen zum Verbot der deutschen Volksbündnisse, man mag sie auch in der Form des Deutschen Volksbundes zusammenfassen, die die polnische Regierung in Gestalt des Deutschen Volksbundes unermühtlich ist, jener er sich gegen die künftigen Übergänge der polnischen Aufständischenbewegung erheben zur Wehr setz.

Zur jeden Fall sind alle polnischen Behauptungen unmaß und glatt erlogen. Die Volksbündnisse sind eine völlig unpolitische und nicht-militärische Organisation, die sich lediglich mit kulturellen Fragen befaßt hat. Der Deutsche Volksbund hat selbstverständlich sofort die Mitglieder der gemäßigten Kommission Calandres eine Beschwerde gegen die Auflösung seiner Jugendgruppen eingelegt.

Polen hat also versucht, das Streben der deutschen Jugend zur Volksgemeinschaft durch polizeiliche Maßnahmen zu unterbinden. Deutschland kann das schärfste Verweilen und die Angst dieser Leute, die jede Richtung des Volkes zum Ausdruck um Wachen, die die polnische Regierung nämlich das Verbot beschließen und die Auflösung durchgeföhrt auf Grund des neuen polnischen Verinsgesetzes, in dem u. a.

dabei die Rede ist, daß Vereine, die gegen das Gesetz verstoßen, zunächst verworren werden. Nun ist die sogenannte Volksbündnisse kein Verein, konnte also auf Grund dieses Gesetzes nicht aufgelöst werden. Es ist bei der Verinsbündnisse in keiner Weise gegen irgend welche bestehenden Gesetze verstoßen, könnte also auch dann nicht auf Grund irgendeines anderen Gesetzes aufgelöst werden, und drittens, wenn die Jugendgruppen wirklich ein Verein gewesen wären, so heißt es doch im neuen Verinsgesetz ausdrücklich, daß gegen das Gesetz verstoßende Vereine zunächst verworren werden. Auch das ist nicht gelungen. Somit haben sich die polnischen Behörden gleich in dreifacher Hinsicht einen offensibaren Rechtsbruch geleistet. Dieser kann auch die „Polka Sachowina“ mit ihrem Geschreie, als ob die deutschen Jungen der deutschen polnischen Staat ins Verban gebracht hätten, nicht hinwegtäuschen. Die deutsche Volksbündnisse befah bis zur Auflösung mehr oder weniger ein mächtige Organisation, noch bildete sie eine Unterabteilung des Deutschen Volksbundes. Dieser hat lediglich, um die jungen Menschen mit Rat und Tat zur Seite zu setzen, eine Jugendstelle eingerichtet. Die Arbeit, die Jugendgruppen in einer Organisation auszuführen, diese einen Raum und Saalungen zu geben, ist somit durch die Auflösung zunächst geworden.

### Dr. Grawjnski wird angegriffen.

Es gibt in Polen außer den gewissenlosen Hörgern und Deutschenfeinden auch noch mutige und ehrliche Kämpfer. Einer von diesen ist der bekannte Publizist und Schriftsteller Dr. Grawjnski, der in der Universität Studnicki. Dieser machte bereits vor einiger Zeit viel von sich reden, weil er es gewagt hat, den allgemeinen Wimmern von Kattowitz, Dr. Grawjnski, als den „größten Schöbling der polnischen Sache in Olschbräseln“ zu bezeichnen. Dieser Auspruch wirkte um so mehr Staub auf, als seine ausführlich gehaltene Begründung im wesentlichen die künftigen Klagen der deutschen Minderheit in Olschbräseln gegen die polnische Regierung und den misstrauischen Grawjnski selbst. Grawjnski blieb nichts anderes übrig, als gegen den „Verleumder“ Studnicki, der übrigens trotz seiner vielfach abweichenden Meinung der Regierung nahesteht, klagbar zu werden. Vor Gericht legte Studnicki umfangreiches Material vor, das die „Kätigkeit“ des Aufständischenvertrages behandelt, die seiner Meinung nach den polnischen Staat schon mehrfach auch vor dem internationalen Forum nicht hätte, der polnische Staat, der die misstrauischen Grawjnski der oberbräselischen Unterwelt zum Amt und die polnischen Repräsentationsdirektoren zurück, die nur zu „Polonisationszwecken“ eingesetzt werden seien. Studnicki erhielt für dieses offene Werk eine dreimonatige Freiheitsstrafe mit Bewährungsfrist. Er legte aber, obwohl er es nicht zu verhehlen brauchte, Verwahrung gegen dies Urteil ein, um den Prozeß noch einmal in der Öffentlichkeit des polnischen Volkes aufzurollen. Dieser Prozeß wird sich in der nächsten Woche abspielen. Ihm eine Anzeigefreie publiziert, weil er dem Kattowitzer „Waimode“ nachgelagt hatte, er sei bei der Vernehmung von Zeugen nicht objektiv

vorgegangen. In der zweiten Anflut wurde Staudski wieder verurteilt. Darauf gab er eine Schrift heraus, die u. a. auch die Stenogramme der beiden Schriftsetzerverbände enthält. Unzufrieden über die Öffentlichkeit auf, im weiteren Laufenmaterial gegen den Kattowitzer Weimoden zu liefern, weil er einen Prozeß gegen ihn anstrengen will.

Prof. Staudski ist der durchaus richtigen Ansicht, daß er die Fehler der Repräsentanten des Staates aufdecken muß, um das Ansehen des Staates nicht zu unterminieren. Und Fehler sind gerade in Bezug auf die deutsche Minderheitspolitik in Polen mehr als genug vorhanden worden. Wir wollen hoffen, daß Staudski in seinem Kampfe gegen den Kattowitzer Weimoden Günstiges erleben möge, der Wahrheit und dem Recht Geltung zu verschaffen.

### Das Programm der Piłsudski-Jugend.

Die sich um Piłsudski gruppierte Jugend, die sich im Jugendverband „Młoty Socjalizm“ zusammengeschlossen hat, gibt ihr Programm bekannt, das sich auf folgende Grundgedanken aufbaut:

„Das oberste Ziel der durch den Verband repräsentierten Bewegung ist die Entwicklung Polens zu einer Großmacht. Als solche braucht sie den Zugang zum Meere sowie Kolonien. Beides ist Lebensnotwendigkeit.“

## Die baltischen Staaten.

### Estland.

Trotzdem eine Zeit innerpolitischer Hoffspannung scheinbar Stille gewichen ist und das politische Wetterglas nicht mehr auf Sturm zeigt, dennoch die Unzufriedenheit der Bevölkerung und werden der Bewegung mit der Systemregierung im ständigen Fortschritt begriffen. Die Regierung Konflikt fort führt, daß die Unzufriedenheit immer wieder neue Nahrung findet und besonders unter dem Panbook anfängt, in Staatsämtern und Staatsverordnungen umzufließen. Es soll dazu nicht noch gesagt sein, daß die Volksmassen, denen die Unzufriedenheit des Systems langsam klar zu werden beginnt, heute schon teilweise von der ständigen Grundbewegung erfasst sind — die Zahl der Unzufriedenen ist groß und nimmt beständig zu — während die Freiheitskämpfer jenseitig immer noch eine kleine Minderheit der Nation ausmachen —, so hängt es doch ebenfalls noch vom politischen Geschehnis und von der Propaganda der Freiheitskämpfer ab, den estnischen Bauern, der sich den Schloß schon aus den Augen zu reißen beginnt zum Erwachen zu bringen. Das Erwachen wird den estnischen Bauern hoffentlich nicht in ferner Zukunft auch der Winternachricht zugänglich machen, daß zwei Volksstämme, die eine gemeinsame Heimat haben, gleichmäßig an der Wohlthat ihres Landes beteiligt sind und auf Geduld und Verberk mit ihrer Heimaterde verbunden bleiben müssen. Die langlose Hege der estnischen Systemparteien und ihrer Presse gegen die baltischen Eigentümern wird sich dem estnischen Volke immer mehr als „heraus aus dem Land“ als eigenartig im „Munde“, um eigene Sünden und eigenes Vergehen zu zeigen, die estnischen Parteien dafür, daß dem Esten, insbesondere dem Panbook, diese Einigkeit allmählich kommt, lind vorhanden. Die Presse nicht andererseits die von ihr eifrig geführten nationalen Gegenstände im Lande dazu aus, um die Erneuerungsbewegung im Lager des eigenen Volkstums, die estnischen Freiheitskämpfer, der Deutschfreundlichkeit und damit des angehenden „Vertrauens“ in den nationalen Zielungen des Estentums zu zeigen. So konnte man nautlich im estnischen sozialdemokratischen „Dortschblatt „Rehoo Säna“ in fettdruckten Schlagzeilen lesen, daß die großdeutsche Bewegung in Estland ein woblorganisiertes Netz besäße. Stützpunkte dieser Bewegung seien die in deutscher Hand verbliebenen Reste des durch die Agrarreform zerstörten deutschen Großgrundbesitzes, wobei eine enge Zusammenarbeit mit einer angeblichen Kontrolle der Bewegung in „Berlin“ stattfinden. Die estnischen Freiheitskämpfer seien mittels „Schlächtpöbeln“ dieser landverwirrlichen Organisation und ihre Betätigung habe eine Gefahr für die Selbständigkeit des Landes. Die in dieser und vielen ähnlichen Zeitungsergüssen enthaltenen ungeheuerlichen Anschuldigungen sind allerdings so unfähig, daß der poltisch unvoreingenommene Leser ihre Substanz und Unaufrichtigkeit sofort erkennen muß, doch rechnet wohl auch diese Hege mit dem „estnischen Volk“ an. Es befindet sich vorausegesetzt werden, daß die Kampfmethode der Systempresse auch in anderen Kreisen immer mehr an Gültigkeit verlieren und als Ablenkungsmanöver erkannt werden.

Abgesehen von solchen unersinnlichen Äußerungen eines Chauvinismus, wie er in liberalistisch verblendeten Kreisen zu Hause ist, bringt die estnische Presse viele und meist keine freundliche Anmerkungen zu dem von der Regierung Konflikt ohne Vertrauen des Parlaments vorgenommenen Versuch, von „temporibus“ abzuweichen. Sie befindet sich umzufrieden, die noch verhältnismäßig modernen sind und die einzigen Schiffe der estnischen Kriegsmarine waren, die einen Gefechtswert besitzen. Käufer ist die Republik Peru, der Kaufpreis beträgt 410 000 Goldbolivar. Da der Streitfall Estland eine ausgedehnte Küstenlinie aufweist, die namentlich völlig stuhlos ist, so wird diese Maßnahme mit Recht angegriffen. Wie immer bei solchen geschäftlichen Transaktionen, beschäftigen auch hierbei die Öffentlichkeit allerdings Berichte über Verbrechen und Verurteilungen. Es befindet sich umzufrieden, daß der Verkauf der Schiffe dazu beitragen, das Ansehen der Regierung weiter zu untergraben. Die unangenehmsten Entzuckungen betrautigen auch weiterhin die öffentliche Meinung. Wenn auch die Regierung der letzten Zeit die durch die anhaltende Dürre

In Bezug auf die Minderheiten besagt das Programm, daß die in Polen lebenden jamaikanischen Minderheiten für den Aufstieg Polens zum „Großmacht“ interessiert und zur Mitarbeit bereitgestellt werden müssen. „Wahri ihre bodenständige nationalpolitische Haltung frei und unbehindert zur Entwicklung kommen soll. Zur Judenfrage erklärt der Verband, daß er sowohl den Antisemitismus als auch die Assimilierung der Juden ablehnt. Diese sollen im Geiste des „Palästina-Jonismus“ national-kulturell ausgegliedert werden. In Bezug auf den innerstaatlichen Aufbau verlangt der Verband die Ersetzung des bisherigen, auf parteipolitischen Grundlagel aufgebauten Parlaments durch ein „Nationalparlament“, dessen Zweck ist, die nationalen Interessen frei und unbehindert zu vertreten. Diese wiederum sollen sich im Sinne der sozialen Solidarität aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammensetzen. Das Wirtschaftswesen soll auf der Grundlage des „Priortatigentums“ aufgebaut werden, und der Staat darf der „Priortatwirtschaft“ durch eigene Unternehmen keine Konkurrenz bereiten. Das „Motto des Verbandes heißt „organisierte Individualismus“.“

Die baltische Minderheit in Estland ist in ihrem „Munde“ erwähnt. „Wie verhält sich nun der „organisierte Individualismus“ zum „Deutschum“, oder heißt der Jugendverband „Młoty Socjalizm“, daß bis zur praktischen Durchführung der gekennzeichneten Ideen eine deutsche Minderheit in Polen nicht mehr existiert?

zurückzuführen landwirtschaftlichen Schäden gemindert haben, so steht jedenfalls fest, daß die Bawernteier vernichtet ist und das Winterkorn stark gefährdet erscheint. Im kommenden Winter ist daher mit einer Ernteernte zu rechnen. Die „Dürre“ hat die baltischen Waldbestände von über 70 Quadratkilometer vernichtet worden sind. Um das Bild abzurunden, ist erwähnt, daß der estnische Wirtschaftsminister den für das Rechnungsjahr 1933/34 im Staatshaushalt drohenden Selbstbetrog auf 9 bis 10 Millionen Kronen veranschlagt.

Es ist klar, daß die trügerische Sommerhilfe den vielen ungeklärten Fragen und Schwierigkeiten, denen sich die Regierung Konflikt gegenüber sieht, nichts von ihrer Schärfe zu nehmen vermag. Schwere Zeiten bedürfen einer starken Hand, die sie meistert. Die Regierung Konflikt durch die baltischen Minderheiten in Estland, die sich nicht mehr als unfähig, den Staat durch die Wirrnisse der Zeit zu steuern, und läßt jenseitig den auch vom estnischen Volk herbeigehenden farken politischen Gehaltswissen vermischen. A. G.

### Letland.

Estland steht es weiterhin unzufrieden aus. Die Parteien führen hinter der Kulissen einen erbitterten Kampf um ihre Geltung und um ihren Anhang. Das demokratische Zentrum sowie das bekannte Herboldt (Jaukaskas Jinas) unterstützen das von dem Kriegserzeneran angeregte Volksabgeordneten auf Verfassungsänderung, doch ist die Verteilung äußerst flau. Es interessiert sich heute keiner mehr für Volksabstimmungen, die Mehrzahl der Bevölkerung sieht darin nur Demagogie. Die sozialdemokratische Hege gegen das Deutschland hat etwas nachgelassen. Der lettische Außenminister Salnais hat in einer Rede am 1. April 1934 u. a. erklärt, daß das neue Deutschland den guten Willen, das Verberkts anderer Völker zu achten, wirklich gezeigt habe. Weiterhin werde jenseitig der „Vier-Mächte-Pakt“ als der Offpost dafür sorgen, daß Lettlands territoriale Sicherheit gewährleistet wird.

Eine so merkwürdig ruhige lettische Führung ist man von letzter Seite der gar nicht gemöht. Scharbort befürchten die Letten doch Komplikationen erster Art, wenn die Hege in der bisherigen Schärfe und Schroffheit weitergeführt wird. Sie meinen daher ihr Tagemerk mehr der der erwarteten. Die lettischen Sozialdemokraten haben die jährlichen Verbände für eine „Beratung“ zusammengerufen, auf der beschloßen wurde, im Kampf gegen die amnachsene selbsttätige Bewegung nicht zu erlahmen, obwohl die Machtpolitik der bürgerlichen Koalition in Lettland gegenüber allen fortschrittlichen Strömungen immer offensichtlicher in Erscheinung tritt. Man spricht bereits ganz offen von einer bürgerlichen Diktatur, wobei der Name des früheren Ministerpräsidenten und Bauernführers Karl Linnaus (ausgehende) in sich großartig und sehr häufig wiederholt. Jedenfalls bringen die ausgeprochenen marxistischen und sozialdemokratischen Blätter täglich neue „Entballungen“, monach sich Linnaus bereit erklärt hätte, einer Regierung mit „erweiterten Vollmachten“ vorzutreten, wobei er sich auf gewisse Mittelkreise stütze, die mit dem Gedankens einer Diktatur sympathisieren. Doch auch die unlinnige Wirtschaftspolitik die Grundzahlen des „Populären“ (d. i. eines bescheidenen nationalen Wirtschaftsgruppen) in sich großartig und sehr häufig wiederholt. Jedenfalls bringen die ausgeprochenen marxistischen und sozialdemokratischen Blätter täglich neue „Entballungen“, monach sich Linnaus bereit erklärt hätte, einer Regierung mit „erweiterten Vollmachten“ vorzutreten, wobei er sich auf gewisse Mittelkreise stütze, die mit dem Gedankens einer Diktatur sympathisieren. Doch auch die unlinnige Wirtschaftspolitik die Grundzahlen des „Populären“ (d. i. eines bescheidenen nationalen Wirtschaftsgruppen) in sich großartig und sehr häufig wiederholt. Jedenfalls bringen die ausgeprochenen marxistischen und sozialdemokratischen Blätter täglich neue „Entballungen“, monach sich Linnaus bereit erklärt hätte, einer Regierung mit „erweiterten Vollmachten“ vorzutreten, wobei er sich auf gewisse Mittelkreise stütze, die mit dem Gedankens einer Diktatur sympathisieren. Doch auch die unlinnige Wirtschaftspolitik die Grundzahlen des „Populären“ (d. i. eines bescheidenen nationalen Wirtschaftsgruppen) in sich großartig und sehr häufig wiederholt.

## Danzig.

Danzig hat namentlich durch die Entlohnung zum nationalsozialistischen Zehnerloot praktisch durchgemacht; die übrigen Parteien besitzen keine Einflußmöglichkeiten mehr auf die Regierung und sind demnach, bildlich ausgedrückt, nur noch Stummhühner für ihre eigenen Anhänger, indem sie diesen die politische Arbeit am neuen Staate nur unnützlich erschweren.

Die deutschnationale Partei hat dem Rechnung getragen und beschlossen, sich selbst aufzulösen, um ihren Anhängern, die ja stets Gegner des überlebten Parlamentarismus waren, den vollen Einsatz ihrer Kräfte für den neuen Staat zu erleichtern. Das Zentrum dagegen hat einen gegenteiligen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. heißt, daß die Regierung und die Gesetzgebung der freien Stadt Danzig auf parlamentarischer Grundlage aufgebaut sei und demnach das Verbot von Parteien und Parteienverbänden nicht besteht. Dabei bleibt die Zentrumsparlei der freien Stadt Danzig weitaus behelben und wird weiter gemäß ihrer beachteten Grundgedanken (1) arbeiten.

Für diesen Beschluß war sicherlich nur die Ermöglichung maßgebend, daß das Zentrum die Möglichkeit hat, jede Verfassungsänderung bis auf weiteres zu verhindern, da die Nationalsozialisten zwar die einfache Mehrheit, nicht aber die für Verfassungsänderungen erforderliche Zweidrittelmehrheit haben. Es ist jedoch anzunehmen, daß dieses kümmerliche Überbleibsel einer untergegangenen dunklen Epoche über kurz oder lang auch von der Danziger Hilfswillige verschwinden wird, wo es schon lange nichts mehr zu suchen hat. Die Zeit der Parteien ist endgültig vorbei, auch in Danzig.

Mit Rücksicht auf die in den Danzig-polnischen Verhandlungen eingetretenen Veränderungen, die sich aus dem Umfang der größtenteils recht komplizierten Fragen ergeben haben, hat sich Senatspräsident Raushinnig entschlossen, sein aufgeschobenes Amt niederzulegen, um zu verhindern, da eine weitere Klärung der Dinge erzielt ist. Die hierfür einberufenen Sitzung des Danziger Volkstages ist daher abgelaufen worden. Vorausichtlich wird der Volkstag in der kommenden Woche zusammenzutreten, wobei dann Senatspräsident Raushinnig seine aufschreibende Rede halten wird.

Über das bisherige Ergebnis der Danzig-polnischen Verhandlungen wird folgendes bekanntgegeben:

„Auf Grund des in voriger Woche festgelegten Programms nehmen die Danzig-polnischen Verhandlungen über die Weisung einiger

Streitfragen ihren Fortgang. Verhandlungen finden insbesondere hierüber die Ausnützung des Danziger Hafens, über die Rechte der Polen in Danzig, über die Frage der Ausstellung von Ratifikationsurkunden und von Pässen für die Danziger Staatsangehörige im Auslande.

Die Verhandlungen über die Wirtschaftsverträge sind von beiden Parteien so vorbereitet worden, daß nun auch darüber die Aus-

Sprachen beginnen können.

Das Sonderreferentenkomitee des Völkerbundes, das sich mit der Klärung des Warthauer Abkommens befaßt, hat am Montag nach Rückkehr von Warschau seine Tätigkeit in Danzig wieder aufgenommen.“

Der polnische Ministerpräsident wird als Antwort auf den Besuch des Danziger Senatspräsidenten Dr. Raushinnig in Warschau seinen Gegenbesuch im September abwarten. Das genaue Datum steht noch nicht fest, doch wird sich jetzt an den Einflüssen des Empfanges des polnischen Ministerpräsidenten gearbeitet. Unter anderen Schwierigkeiten findet während des großen Selbstbanketts im Rathaus dasselbe Konzert statt, mit dem im Jahre 1646 Maria Kompa, die Gemahlin des polnischen Königs Wladislaus IV., in Danzig empfangen wurde. Die betreffenden Rollen sind bereits aus dem städtischen Archiv herausgeholt worden. Es hat sich gezeigt, daß sie sich zur Wiedergabe mit Hilfe der heutigen Instrumente eignen, so daß man bereits mit der Einübung begonnen hat.

### Die Weichselflößfahrt im ersten Halbjahre 1935.

Am ersten Halbjahre 1935 hat die Schifffahrt auf der Weichsel nach bzw. von Danzig folgenden Umfang gehabt: Es gingen auf der Weichsel von Danzig durch die Einlager Schleuse zu Berg 1992 Fahrzeuge mit einer Tragfähigkeit von zusammen 219 144 Co. und einer Gesamtladung von 52 272 Co. Dem umgekehrten Weg auf der Weichsel zu Cal nach Danzig folgten im 2040 Fahrzeuge mit einer Tragfähigkeit von zusammen 116 661 Co. einer Gesamtladung von 81 840 Co.

Zum Vergleich ist anzuführen, daß im ersten Halbjahre 1912 die auf der Weichsel von Danzig zu Berg beförderte Gütermenge 126 915 Co., die auf der Weichsel nach Danzig zu Cal beförderte Gütermenge 141 810 Co. umfaßt hat.

## Nehe- und Wartheland urgermanisch.

### Die Ausgrabungen an der Jantocher Schanze bei Landsberg.

Die Polen haben von ihren Zentralstellen der vor- und frühgeschichtlichen Forschung, vor allem von Polen aus eine groß angelegte politisch-wissenschaftliche Erden-Propaganda entfaltet, um den gesamten deutschen Osten als „urpolnisches Gebiet“ zu erweisen. Der deutschen Vorgeschichts- und Ausgrabungswissenschaft ist es jedoch gelungen, die Unhaltbarkeit der polnischen Behauptungen nachzuweisen. So konnte durch Ausgrabungen bei Landsberg an der Warthe wiederum festgestellt werden, daß die Germanen dort lange vor dem ersten Polen das Land an der Warthe und Nehe in Besitz hatten.

In vor- und frühgeschichtlicher Zeit gingen durch das vom Warthe- und Ziebruch gebildete Westtal nur wenige Eislandpässe hinüber. Es sind die Stellen, an denen die Ränder des Gales nach zusammenstießen: Zwischen diesen im Osten und Kaltrin im Westen liegt in der Mitte Jantoch, die große, früher auch als Schanzengraben nach dem Mittelland gebildet, bis zum Mittelalter nach Polen und dem tieferen Süden das Tal überstricht. Um der Wassermittelschaft im oberen Westtal bessere Vorflutverhältnisse zu schaffen, mußte jetzt die Stromenge der Warthe bei Jantoch um 30 Meter erweitert werden. Dabei wurde die Abtragung der auf dem Polnischen Werder gelegenen alten Schanze erforderlich. Unter der Leitung des Direktors des Staatlichen Museums für Vorgeschichte in Warschau, Prof. Dr. Ulanowski, ist es gelungen, die Geschichte der Jantocher Schanze bis zur ältesten Zeit in einer sechsmonatigen Grabungsarbeit zu klären.

Bis zum Jahre 1097 zurück erzählen die Urkunden die Geschichte der Burg Jantoch. Die Grabung kann die Geschichte noch für einige Jahrhunderte früher aufhellen. Nach dem Wegg der Burgunden, die im Gebiet von Jantoch lagen, kam aus dem Westen der slawische Stamm der Pomoranen der Pomoran-Abwanderung zu erweisen im 9. Jahrhundert am Zusammenfluß der Nehe und alten Warthe eine besetzte Stadt. Der Name Jantoch bedeutet Zusammenfluß, wo Koblenz. Die älteste unmittelbar über dem gemauerten Boden aufgedeckte Pomornenburg zeigt mit ihrem Palisadenbau, der das Ganze umgibt, und den Pfostenbäuern mit Pfeilerköpfen an das 8. bis 9. Jahrhundert. Die slawische Besetzung des Gebietes ist durch die Fundamente der Burganlage der Pomoranen erklärt sich daraus, daß bei der Völkerwanderung ein Teil der Germanen als kulturtragende Stämme im Lande sitzen blieb und den einwandernden pomoranischen Stämmen altes germanisches Kulturgut vermittelte. Polen, das heute Anspruch auf den Plan, und noch das Götter des Volkes der Pomoranen, dessen Bevölkerung im Warthe-Neheraum den polnischen Charakter des Landes

bewiesen haben. (1) Im Raume des Götterpols und von Polen entmischte sich das Polenrecht. Seine Exponen bringt am Ende des 10. Jahrhunderts nach Westen bis Frankfurt (Ober), nach Norden bis zur Obermündung von Warthe- und Regeliau werden befestigt. Die Pomornenburg in Jantoch wird verbrannt. Auf ihr wird die erste Polnenschanze errichtet mit Erdwall über einem Holzrost und mit eisig zusammengedrückten Holzbohlenbäuern. Die Pomoranen ziehen sich am anderen Ufer auf dem Schloßberg fest. Im Jahre 1097 liegen sich Pomoranen und Polen an dieser Stelle gegenüber. Einem polnischen Chronisten, Martinus Gallus, vorandenken mit die erste schriftliche Überlieferung von dauernden Kämpfen und Belagerungen der Jantocher Schanze. Völligam verjagt die Pomoranen, und im 12. Jahrhundert wird Jantoch, das nun fest in polnischer Hand ist, stark ausgebaut. Es ist Koblenz des Strogos, Sitz des Heereskommandanten, Kirchlicher Bischof. Die Grabung hat die Schanzengraben und die überlebenden liegenden Polnenschanzen ergeben. Sie sind hoch mit Schichten aus Schluff und Häckel angefüllt, deren Geruch bei der Grabung noch durchdringend wahrnehmbar ist. Diese Schichten haben viel wertvolles historisches Gut konserviert: Waffeln, Kojematten, Glockenläufer, Holzscheiben und vieles andere mehr. Interessant auch die Bauart als folgt: Während am Ufer hinunter deutsche Dome ganz Sinnvoll erricht wurden die Burgen auf Mittel- und Hoch mit dem Zerfall des Polenrechts Jantoch zuerst an schiffliche und dann wieder an polnische Herrscher kommt und auch die Pomoranen wieder zurückkehren, tritt als dritte politische Macht Brandenburg auf den Plan. Um 1266 wird in Jantoch die Hochzeit Konrads II. und der polnischen Königsstochter Konstanze gefeiert. Doch die vereinbarte Mithilfe, die Burg Jantoch, mußten die Brandenburgern sich 1270 mit Mittel- und Grenzland des Reiches, die Burg an der Warthe auf dem Plan Koblenz einander noch drei Burgen aus der Zeit, da die Jobanniter Jantoch besaßen und die Neumark an den deutschen Orden verpfändet war. Im Jahre 1455 wird die Neumark von Friedrich III. von Hohenzollern zurückgekauft, und damit schließt der Hauptteil der Geschichte der Jantocher Schanze. Die Ausgrabungen haben von allen Burgen Teile freigelegt: Kämpen mit eisernen Schloßriegeln aus Holz, der Holzmast des Turmbauwerks, Turmfundamente, Röhrenanlagen und anderes wurden Lichtbar.

So hat hier nun dem geornerten Fluß gemiedene Hügel der 11 Burgen um eine eindrucksvolle Vorstellung von dem Jahrhunderte hindurch andauernden großen Wälderringen im Osten gegeben. Vom Schloßberg über Jantoch ober sind in der Ferne schon die Wäldertürme der neuen deutsch-polnischen Grenze zu erkennen als brohende Mahner in der Gegenwart, daß das Jahrhunderte alte Ringen im Raum des deutschen Ostens auch heute noch weiterlebt und zum Siege für deutsches Blut und deutschen Boden geführt werden muß.

### Kloster Veubus wird wiederhergestellt.

Zu dem viel zu wenig bekannten einjagigen Kunstschatz Schlossens gehört das Kloster in Veubus. Dieser außerordentlich prächtige Bauwerk mit seiner 23 Meter langen Front das größte einhellige Baumwerk von ganz Europa. Diesem Wunderwerk gegenüber sind der spanische Escorial und der Kremel in Moskau nur zusammengelesenes Stückwerk. Kloster Veubus wäre rettungslos

dem Verfall preisgegeben gewesen, wenn nicht 1928 von dem zuständigen Stellen ein zehnjähriger Generalthronungsplan ausgearbeitet und die Mittel von etwa 400 000 RM. bereitgestellt worden wären. In den ersten zwei Jahren mußte vor allem weiteren Beschädigungen durch umfängliche Maßnahmen vorgebeugt werden. Ferner mußte die überflüssigen Schächte an der Mauerkrone beseitigt werden. In den letzten beiden Jahren wurde an der Wiederherstellung der Mauerwerkstoffe der Klosterkirche gearbeitet. Besonders bemühte man sich auch um die Erhaltung der hervorragendsten Kunstschätze des Klosters. Die tieferen, bis zu acht Zentner schweren Bilder des „Johannes Raffael“ Michael Willmann mußten zu diesem Zweck abgenommen werden. In die Klosterkirche überführt und in den Innern der Kirche aufgestellt werden. Dann wird sie einem angemessenen Innenanstrich erhalten. Endlich müssen auch noch Schächte am Chorgelände und an Altären beseitigt werden. Die Arbeiten können bis in den Spätherbst dauern.

## Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

### Dresselfahrt westdeutscher Zeitungsvertreter nach Ostpreußen und Danzig.

Wie bereits erwähnt, fand am 8. bis 17. Juli eine unter dem Protektorat des Bundesführenden lebende Dresselfahrt westdeutscher Journalisten nach Ostmark statt. Etwa 25 Herren beteiligten sich daran, Vertreter namhafter westdeutscher Wälder. Die Fahrt ging ursprünglich vom Hauptortband Rheinland-Westfalen heimatreuer Ost- und Westpreußen aus, der inebeln nach vorher sein Aufgehen im WDO, erklärt hatte. Dem Herren Z. Boehnke-Sagen, Quade-Ferret und Dr. W. a. n. Berlin ist bereits der ausführliche Dank des WDO, zum Ausdruck gebracht worden (s. a. „Ostland“, Nr. 31). Erwähnt sei, daß auch unser Landesführer Rheinland-Westfalen, P. C. r. i. s. i. s., sich an der Fahrt beteiligte.

Eine große Reihe von Presseberichten liegen vor. Es ist aus ihnen festzustellen, daß alle Journalisten von Rhein-, Ruhr- und Saargebiet mit verstärkter innerer Anteilnahme das Ostland in seiner ganzen Schönheit, Not und Schicksalsaufgabe erfasst haben. Sie sind zu Pionieren des Ostgedankens im Westen geworden und haben sich dem Preisamt unserer Landesgruppe Rheinland-Westfalen eingegliedert, um in dauernder Zusammenarbeit mit dem WDO, auch künftighin die Belange des Ostens in der Weltmark zu vertreten. Sie haben weiterhin die Hoffnung ausgesprochen, durch den WDO, in späterer Zeit auch die anderen Teile des deutschen Ostens kennenlernen. Wir hoffen, im nächsten Jahr ähnliche Pressefahrten unternehmen und sie auch nach der Grenzmark Polen-Westpreußen und Schlesien führen zu können.

Erwähnt sei die schöne Feier am Abblimmungsdenkmal in Allenstein gerade am 15. Jahrestag der „gesegneten“ Volksabstimmung im Mai 1920. Bei herrlichem Sonnennatter und kräftigem Wind, in dem die Fahnen flatterten, fand die von allen Kreisen der Stadt besuchte Feier am Abblimmungsdenkmal statt. Bundesführer Dr. F. i. b. i. k. e. und Untergroupenführer Rechtsanwält S. u. s. o. n. in Allenstein sprachen über die Bedeutung des damaligen großen Geschehens und zeichneten Einien zur neuen Bestaltung des Ostens.

Die Fahrt führte nach Marienburg, Marienmüder, Sobenhein (Cannenbergdenkmal), Allenstein, Rudzyskan, dann über die maurischen Seen nach Erben und Angerburg, weiter nach Goldap, Königsberg, Wolfstein, Cron, Ebnig, Kolberg, Braunsberg, Stauenburg, C. a. d. inen, Danzig und Goppel. überall wurden die Gäste aus dem Westteil der Reichsoberseite und ganz besonders aus der Presse aufs herzlichste willkommen geheißen. Die Rückfahrt ging von Goppel mit dem Seebüchse Ostpreußen (Motor Schiff „Hanseliet Danzig“) über Swinaemünde nach Warnemünde, wo die Herren der Norddeutschen Gesellschaft, Lübeck, der „Presse Fröhe entboten, nach Swinemünde und Lübeck, wo sich die Jahrgemeinschaft aufhielt. In Hamburg und Berlin wird werden in einer der nächsten Folgen des „Ostland“ noch über besondere Eindrücke berichtet.

Der Bundesführer besuchte die Landesgruppe Wallerkaute in Hamburg, wo zur Zeit aus der Hauptorganisationsleiter Dr. F. i. k. e. w. u. und Niedersachsen in Hannover. Mit der Leitung des WDO, Hamburg wurden Abmachungen über die künftige Zusammenarbeit in der Behandlung der Ostfragen getroffen. Der WDO, wird in seinen Bildungs- und Schulungskarten im Zusammenhang mit dem WDO, diesen Fragen besonderen Raum geben. In Hamburg und Hannover wurde mit Behörden und den Geseitungen der NSDAP, die künftige Arbeit besprochen.

### Heimatdienst und Kulturverband Eistit im Bund Deutscher Osten.

Die Landesgruppe Ostpreußen des Bundes Deutscher Osten, hat mit: „Kulturverband“ wurde der Heimdienst Hauptbestandteil der Kulturverband-Eistit durch einstimmigen Beschluß der Mitglieder in den Bund Deutscher Osten übergeführt. Die neue Gruppe führt den Namen: „Bund Deutscher Osten, Unterguppe Ostpreußen Nordost.“

Siezu wird weiter mitgeteilt: Am 29. Juli fand in Eistit die Mitgliederversammlung des Ostdeutschen Heimatdienstes-Eistit statt, an der der Führer der Landesgruppe Ostpreußen des Bundes Deutscher Osten, Dr. O. b. e. r. l. a. n. d. e. r. mit seinem Gefolgschaftsleiter und von der Kreisleitung der NSDAP, die Dr. W. o. h. m. u. M. o. l. e. r. und J. e. r. u. l. l. t. e. n. n. a. m. e. Die Mitgliederversammlung beschloß einstimmig die Überführung des Heimatdienstes-Eistit in den „Bund Deutscher Osten“. Der Bundesführer Dr. O. b. e. r. l. a. n. d. e. r. gab der neuen Organisation den Namen „Bund Deutscher Osten, Unterguppe Ostpreußen Nordost“ und ernannte Studienrat J. e. r. u. l. l. t. e. n. n. a. m. e. zu ihrem Führer.

Nach der Abblimmung in Westpreußen und Masuren bildeten sich ostpreußische Heimatdienste, die den Kreisen der Provinz erklärten. Der Heimatdienst Eistit ist 1922 gegründet. Am Vortage seiner Arbeit fand die Pflege der kulturellen Belange seines Gebietes durch Heimatabende, Einrichtung von Bibliotheken auf dem Lande, Verschaffung von Stipendien und Beihilfen, durch Rundgaben. Damit ist für den Bund Deutscher Osten gute Vorarbeit geleistet worden, die namentlich in verstärktem Maße fortgesetzt werden kann.

Der von der Stadt Eistit betretene Kulturband-Eistit war ein Zusammenschluß des Theaters, des Musikvereins, des Kunstvereins und des Ostdeutschen Heimatdienstes zur Stützung und Pflege kultureller Belange Eistits.

### Obersefieriortag in Altheide.

In dem Herbstab Altheide wurde am 29. bis 31. Juli der acht. Deutsche Obersefieriortag abgehalten, der die letzte Veranstaltung der Heimatreuen Obersefierioren ist, da dieser Verband in den Bund Deutscher Osten aufgegangen ist. Leider nur das Wetter sehr unangünstig. Trotzdem wurden die Veranstaltungen programmgemäß durchgeführt und der achte Deutsche Obersefieriortag darf als die bedeutendste Rundgebung des Verbandes der Heimatreuen Obersefierioren bezeichnet werden. An der Veranstaltung nahm auch der bekannte Annaberg-Sturm im dritten polnischen Aufstand mit etwa 800 Selbstschutzkämpfern teil. Gegen 6 Uhr rückte am Sonnabend der Annaberg-Traditionssturm der 156. Standarte in Weuthen OS. (erster Sturm) in den Kurgarten unter klingendem Spiel und lebender Slogge ein. Der Ehrlicher des Annabergs, Hauptmann O. h. r. e. i. d. i. c. h. nahm von der Gruppe des Kurhauses am Annaberg die Ehrenfahne des Heimatreuen Selbstschutzoftiziers, unter denen man Oberst Graf Magnis, Hauptmann Müller, Oberleutnant Gröger, die Leutnants Dr. von Eicken und von Schub erkrankte, den Vorbeimarsch ab. Auf dem Sportgelände des Bades Altheide fanden sich die Selbstschutzkämpfer, die SS. und SS. nach 6 Uhr zu einem Bimok zusammen. Dem Begrüßungsabende eröffnete Kommissar Dr. F. i. e. i. d. i. c. h. Es sprach Bundesführer O. b. e. r. l. a. n. d. e. r. und Obergruppenleiter R. a. s. c. h. o. w. e. l. l. e. r. der Reichsobersefierioren des Verbandes der Heimatreuen Obersefierioren. An den Reichspräsidenten und den Reichskriegsminister wurden Grußbotschaften gefolgt.

Der Reichsobersefierioren der Heimatreuen Obersefierioren, Dr. R. a. s. c. h. o. w. e. l. l. e. r. führte aus, daß die Obersefierioren mit demselben Opfermut und der bisherigen Arbeitsfreudigkeit im Bunde Deutscher Osten für die Heimat arbeiten werden.

Landesorganisationsleiter Müller im Bunde Deutscher Osten wies auf die Ziele des Bundes hin; er forderte die Mitarbeit aller im WDO. Weitere Redner überbrachten die Grüße der Landesgruppe Mittelschlesien und der Hultschiner.

Am Sonntag versammelten sich die Delegierten der zahlreichen Obersefierioren, Obersefierioren in anderen Ortsgruppen heimatreuer Ostpreußen aus dem Reich. Der Redner des Heimatreuen Hauptbestandteil der Eintritt des Bundes Heimatreuer Obersefierioren in den Bund Deutscher Osten war. Der Hauptorganisationsleiter des WDO, F. i. k. e. w. u. sprach über Sinn und Aufgabe des Bundes, und verlangte einen Neuaufbau der



# Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

## Der Bundesführer.

Jch beehligte für die Landesgruppe Ostmark:  
Herrn Regierungsrat Rbeß (Schneidmühl) als Führer der  
Untergruppe Rördliche Grenzmark;  
Herrn Arbeitsamtsdirektor Skornia (Mejerth) als Führer der  
Untergruppe Mittlere Grenzmark;  
Herrn Verlagsdirektor Tetztenborn (Landsberg) als Führer  
der Untergruppe Östliche Neumark;  
Herrn Hauptschriftleiter Dr. Hünz (Wülfin) als Führer der  
Untergruppe Westliche Neumark;  
Herrn Schutts Rabinert (Guben) als Führer der Untergruppe  
Riedelauisch Östl.;  
Herrn Oberbürgermeister Dr. Hattenhoff (Cottbus) als Führer  
der Untergruppe Niederlausitz Westl.;  
Die Untergruppe Mittlere Ostmark wird von dem Führer  
der Landesgruppe Ostmark, Herrn Kriebel (Frankfurt a. O.), selbst  
verwaltet. Dr. Lüdtke.

## Verammlungskalender.

Ortsgruppe Groß-Hamburg: Monatsversammlung am Sonntag, dem  
6. August, nachm. 5 Uhr, im Vaterhaus St. Pauli, Circusweg 1.

## Haus „Kurmark“.

Seite 6.	Übertrag: 1064,20 RM,
Ortsgruppe Berlin - Nord .....	30,—
Ortsgruppe Sültrou .....	10,—
Ortsgruppe Pöbnek .....	10,—
Ortsgruppe Dortmund I .....	10,—
Verlagsdirektor E. Ginfel, Berlin .....	10,—
Ortsgruppe Angermünde, 3. Betrag .....	5,50
Ortsgruppe Gommeln .....	5,—
Ortsgruppe Buer .....	3,—

Stand vom 2. August 1933 1147,70 RM.

## Persönliche Nachrichten.

Der Gruppenführer der ostmärkischen SA., Siegfried Rasche,  
M. d. R., ist in den Preussischen Staatsrat berufen worden.

Stafu von Dobna-Hillergarringen, der Führer des  
Landesverbandes Ostmark des Stahlhelms, ist zum Stabstandortführer  
einer aus Keilen der Kreise Meeritz, Schwerin (Warthe), Ostflandberg  
und Jütlilau-Schwibus neu gebildeten SA.-Standorte ernannt  
worden. Adjutant der neuen Standorte ist der bisherige Adjutant  
Wolk der Standorte 8 (Frankfurt a. O.).

Landeshauptmann Tiesing in Schneidmühl wurde durch den  
Beauftragten für die Vereinfachung der kommunalen Spitzenver-  
bände zum kommissarischen Vorsitzenden des Gemeindefages für die  
Grenzmark Pommern-Brandenburg ernannt. Der bisherige Vorsitzende,  
Bürgermeister Spelling - Dr. Stone ist zum Oberbürgermeister von  
Quedlinburg (Hart) gewählt worden und kann infolgedessen den Vorsitz  
nicht weiterführen.

Der frühere Landrat des Kreises Seidlin, von Seidern, ist  
an die Regierung in Königsberg/Pr. berufen worden.

Schiemann marschiert in das ihm früher unterstellte Gefängnis.

Der ehemalige marxistische Polizeidirektor Schneidmühl, Dr. Schie-  
mann, hiebt am Freitag seinen „eitelübten“ Einzug in die Stadt seines  
Wirrens. Eine tausendköpfige Menschenmenge vor dem Bahnhof und  
in den Straßen erwartete den Mann, dessen Willkürregiment noch  
allen in bester Erinnerung ist. Man hing ihm bei seiner Ankunft ein  
Schild um mit der Aufschrift „Ich bin der marxistische Polizeidirektor  
von Schneidmühl, Dr. Schieman, der früher die nationale Bewegung  
der SA., SS. und des Stahlhelms verbot, unterdrückt und geknebelt  
hat, wo er nur konnte.“ In die Hand wurde ihm eine lange Stange  
mit einer schwarz-rot-gehobenen Zunge gedrückt. So führte man ihn,  
begleitet von einer tiefjigen Menschenmenge, in das Polizeigefängnis.

Bürgermeister Hart aus Mejeritz, der seit dem 23. Mai d. J. von  
preussischen Innenminister Leiner Dienstgeschäfte entbunden war, tritt  
auf Grund eines Beschlusses mit dem Abgange am 1. August in den  
Ruhestand. Das Ruhegehalt wird nach dem Preussischen der Ge-  
haltsgruppe 2 e gewährt. Bürgermeister Hart verläßt seinen Wohnsitz  
nach Berlin-Charlottenburg.

## Die Arbeitschlacht in Ostpreußen ist gewonnen.

Dem Oberpräsidenten Koch ist das fast Unglaubliche gelungen: Ost-  
preußen ist bis auf die beiden Städte Königsberg und Elbing frei von  
Arbeitslosen. In der vergangenen Woche hatten noch sämtliche Städte  
und mehrere Landkreis Arbeitslose zu verzeichnen. Zum 1. August  
konnte die Pressstelle des Oberpräsidenten melden, daß das Ziel  
schon einige Tage vorher, als vorausgesehen, erreicht worden ist. Der  
Oberpräsident hat also damit seinen eigenen, wenn auch nur theoretisch  
aufgestellten Rekord um ein beträchtliches unterboten. Die beiden  
Städte Königsberg und Elbing kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit  
erfolgreich weiter, nicht lange noch, und auch diese beiden letzten Stellen  
werden gelöst sein. Dann wird ein Siegerzug die Welt durch-  
dringen — ganz Ostpreußen von der furchtbaren Fessel der Arbeits-  
losigkeit befreit! Und alle Staaten, die unter dieser Geißel zu leiden  
haben — es sind ja fast alle —, werden aufhorchen und wohl mit  
jeder gemühten Sehnsucht in Deutschland hinübersehen, daß, obwohl  
es den Krieg verloren hat, niedergestrungen und zerstört worden ist,  
dank einem gottbegnadeten Führer aus seinem Inneren nach Kräfte  
hopsft, um eine Tat zu vollbringen, die wahrlich eine weltgeschichtliche  
Leistung ist.

## 600 Jahre Falkenburg in Pommern.

Vom 16. bis 18. September 1933 begeht die ostpommersche  
Stadt Falkenburg im Rahmen eines großen Heimatfestes die  
feier ihres sechshundertjährigen Bestehens. Neben der Uraufführung eines  
landschaftsblühenden-historischen Spielfestspiels findet ein großer historischer  
Festzug der altentgegenstimmigen Annungen statt. Die Einweihung neuer-  
erbauter, großzügiger und landschaftlich prachtvoll gelagerter Spiel-  
plätze und Sportkampfstätten wird sich unter Beteiligung zahlreicher Ver-  
bände der ostpommerschen Kur- und Wehrsportjugend zu einer machtvollen  
Kundgebung für die neue Zeit gestalten. Den Abschluß der  
Feier bildet ein großes Marktfest mit Festspiel und Feuerwerk am  
Marktplatz.

## Lied der ostmärkischen SA.

Von Herybert Menzel.

Wir fliegen aus der Erde,  
Ein braunes Bauernheer,  
Gespartelt steht die Herde,  
Gespartelt ist das Gewehr.  
Mit unsrer Führers Fahne  
Vor unsrer grünen Flur  
Stehn Enkel, Sohn und Ahne  
Ihr Wacht und lauern nur.

Der Feind kann uns nicht schrecken,  
Wir schlagen gern Alarm;  
Den letzten wolla wir wecken:  
Kamerad, geh mit im Schwarzalm  
Mit unsrer Führers Fahne,  
Vor unsrer grünen Flur  
Stehn Enkel, Sohn und Ahne,  
Und du, du sehest uns nur.

Die Sonne wird sich heben,  
Einst kommt der Tag, und wir  
Den Kopf die Sporen geben,  
Ins Ostland reiten wir!  
Mit unsrer Führers Fahne,  
Ihr unsre grüne Flur  
Stehn Enkel, Sohn und Ahne  
Und fliegen oder sterben nur.

Ostpreußen erwartet dich! Besucht den deutschen Osten!

